



ACHTUNG!
Geänderte Deadline:
28. Februar 2010

CALL FOR PAPERS

10 Jahre Lissabon-Strategie:

Durchbruch oder Debakel auf dem Weg zu einer koordinierten europäischen Wirtschaftspolitik ?

Frühjahrstagung des Arbeitskreis Politische Ökonomie,
16. - 18. April 2010

Tagungsort: Andrassy Universität Budapest, Ungarn

Im Jahr 2000 setzten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten das ehrgeizige Ziel, Europa bis zum Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt“ (Europäischer Rat 2000) sicherzustellen. Ein ambitioniertes Reformprogramm aus einem Dreiklang von strukturellen wirtschaftlichen Reformen, aktiver Beschäftigungspolitik und sozialer wie ökologischer Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften wurde aus der Taufe gehoben. Die Offene Methode der Koordinierung (OMK) als prozessuale Innovation zur Koordinierung von Politikfeldern, für die keine Gemeinschaftskompetenz besteht, wurde eingeführt.

Im Jahr 2005 fand eine erste – ernüchternde - Bestandsaufnahme statt, die eine stärkere Fokussierung auf Wachstum und Wettbewerb sowie eine Reduzierung der mit der OMK bis dato verbundenen Berichtspflichten bedeutete; das Ziel der sozialen und ökologischen Modernisierung geriet in den Hintergrund. Die Wachstumsraten der EU-Mitgliedsstaaten verbesserten sich, die Situation an den Arbeitsmärkten ebenfalls, Finanzminister sprachen schon von immerwährenden ausgeglichenen Haushalten und einem massiven Abbau der öffentlichen Schuldenlast.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte jedoch schnell die begrenzte Reaktionsfähigkeit der EU-Wirtschaftspolitik. So einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU nach langem Hin und Her nominell auf ein „gemeinsames“ EU-weites Konjunkturprogramm, in dem nationale Eigeninteressen auf breitem Feld dominierten. Dagegen konnte der amerikanische Präsident Obama innerhalb kürzester Zeit ein Konjunkturprogramm von rund 560 Mrd. € durchsetzen, das sich wie eine Umsetzung der ursprünglichen Lissabon-Strategie liest.

Ehrgeiziges Ziel der aktuellen schwedischen Ratspräsidentschaft ist es, zu ihrem Abschluss im Dezember 2009 die Mitgliedstaaten auf die wesentlichen Grundzüge einer Neukonzeption der Post-2010

Lissabon-Strategie für die kommenden 10 Jahre verpflichtet zu haben. Diese soll dann im Frühjahr 2010 unter der spanischen Ratspräsidentschaft verabschiedet werden. Noch finden zumindest formell keine Vorarbeiten durch die Kommission statt, hier soll nach einem Beschluss des EU-Ministerrates vom März 2009 erst die Neubestellung der Kommission abgewartet werden. Die Spannweite der Vorschläge zu Neukonzeptionen der Post-Lissabon-Strategie reicht von Fundamentalkritik (wie der Feststellung ihrer weitgehenden Wirkungslosigkeit) bis hin zu erweiterten Konzeptionen (wie „Lissabon-Plus“), die die neuartigen Entwicklungen z.B. der globalisierten Weltwirtschaft einbeziehen wollen. Unbestritten bleibt in jedem Fall, dass eine effektive Politikkoordination auf Ebene der Europäischen Union zwischen den Mitgliedstaaten Not tut.

Die Frühjahrstagung 2010 des AK Politische Ökonomie lädt daher zu einer umfassenden Bestandsaufnahme unter dem Motto ein. Für die Tagung lassen sich folgenden vier Leitthemen identifizieren:

(1) Die Effektivität der Lissabon-Strategie: Debakel oder Durchbruch?

Die Effektivität der Lissabon Strategie ist abhängig von ihrer Konzeption bis zu ihrer tatsächlichen Umsetzung. Kritisch hinterfragt werden können all ihre konstituierenden Elemente - von den Zielen, deren Zweckmäßigkeit angezweifelt wird, bis zu den Instrumenten, zu denen fiskalische, regulative und koordinierende, wie insbes. die Offene Methode der Koordinierung zählen. Von besonderer Bedeutung für eine wirksame Implementierung ist zudem die Verschränkung mit den relevanten Politikfeldern und Akteuren auf der europäischen wie auf der jeweils nationalen Ebene. Aufgrund der starken horizontalen und vertikalen Verflechtung ist die zweckmäßige institutionelle Ausgestaltung im Rahmen des europäischen Mehrebenensystems zentral, um der Gefahr einer wechselseitigen Blockade durch die unterschiedlichen institutionellen Akteure zu begrenzen.

Analysen zur Wirksamkeit der Lissabon-Strategie in einzelnen Politikfeldern (Industrie-, Innovations-, Arbeitsmarkt-, Rentenpolitik etc.) sind zudem um Metaanalysen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in verschiedenen Politikbereichen zu ergänzen.

(2) Die Lissabon-Strategie in einer veränderten Welt: EU-Osterweiterung und Globalisierung

Mit der Osterweiterung ist die EU nicht nur größer sondern auch deutlich heterogener geworden. Ist demgegenüber das Instrumentarium der Lissabon-Strategie, die für die einzelnen von ihr ausgewählten Politikbereiche auf einheitliche Ziele setzt, für die sie im Rahmen der OMK Best Practices identifiziert und Empfehlungen abgibt, noch sinnvoll anwendbar? Ist die stärkere Einbeziehung qualitativer Faktoren ausreichend? Welche Konsequenzen lassen sich bspw. aus negativen Befunden über die mangelnde Wirksamkeit bestimmter forschungspolitischer Maßnahmen, die für ein bestimmtes Land gefunden wurden, ziehen? Welche Konsequenzen ergeben sich darüber hinaus hierdurch für das Konzept der Best Practices im Rahmen der Lissabon Strategie?

Schließlich haben mit der Globalisierung die internationale Verflechtung und der globale Wettbewerbsdruck in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Gibt die Lissabon-Strategie in ihrer bisherigen Form hierauf ausreichende Antworten? Ist das seit 2005 verfolgte Konzept der „Wettbewerbsfähigkeit“, das auf die Erhöhung der totalen Faktorproduktivität abstellt aus wirtschaftlicher wie politökonomischer Sicht zweckmäßig?

(3) Die Politikkoordination in der EU bei globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen

Offensichtlich hat die Lissabon-Strategie bei der frühzeitigen Entdeckung der Krise versagt; gleiche Kritik gilt aber auch für jede nationale Wirtschaftspolitik. Kann eine reformierte Lissabon-Strategie einen Beitrag leisten, künftige Krisen frühzeitiger aufzudecken? Wie sieht es mit der Bewältigung der Krise aus? Wie schneidet hier die Politikkoordination in der EU ab? Sind die im Vergleich zu den USA deutlich langsameren Einigungsprozesse ein grundsätzliches Problem? Oder hat hier die Dezentralisierung eventuell auch Vorteile bei der Reaktion auf völlig neuartige Problemlagen? Was lässt sich aus den bisherigen Erfahrungen mit der Lissabon-Strategie, aber auch mit den anderen Koordinierungsmechanismen auf europäischer Ebene für eine bessere Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten lernen?

(4) Theorie der Wirtschaftspolitik und der Politikkoordination

Welches wirtschaftspolitische Steuerungskonzept liegt der Lissabon-Strategie in ihrer bisherigen Form zugrunde? Ist dies vor dem Hintergrund einer hochkomplexen, durch grundlegende Unsicherheit gekennzeichneten weltwirtschaftlichen Lage angemessen?

Die Europäische Union ist ein komplexes Mehrebenensystem; wirtschaftspolitische Koordination zwischen den Mitgliedstaaten hat die sich ergebende vertikale wie horizontale Politikverflechtung zwischen der zentralen EU-Ebene und den nationalen Ebenen zu berücksichtigen, die in föderalen Staaten eine weitere Komplexitätsstufe erfährt. Unter welchen institutionellen Bedingungen erlaubt dies wirksame Politikgestaltung? Welche Schlussfolgerungen lassen sich für institutionelle Reformen auf Basis institutionenökonomischer Ansätze ziehen?

Politik wird durch kreative politische Unternehmer gestaltet, die je nach Politikarena auch die jeweiligen institutionellen Interessen vertreten. Zudem befinden sich die einzelnen Politikakteure sowohl national als auch zwischenstaatlich und zur zentralen EU-Ebene in einem vertikalen wie horizontalen Wettbewerb. Welche Schlussfolgerungen für die Reform der Lissabon-Strategie bzw. die Politikkoordination in der EU lassen sich unter Beachtung des interjurisdiktionellen Wettbewerbs ziehen?

Teilnahme

Bitte senden Sie ein Abstract von max. 500 Worten bis **zum 28 Februar 2010** an martina.eckardt@andrassyuni.hu oder an stefan.okruch@andrassyuni.hu.

Beiträge können auf Englisch und Deutsch vorgetragen werden.

Tagungsgebühren

Die Tagungsgebühr beträgt 100 €. Sie umfasst die Kaffeepausen, einmal Mittagessen, das Konferenzdinner Freitag Abend sowie eine Stadtführung durch Budapest.

ACHTUNG: Geänderte Termine

- | | |
|---------------------------|--|
| 28. Februar 2010 | Deadline für das Einreichen eines Abstract (max.500 Worte) an martina.eckardt@andrassyuni.hu oder stefan.okruch@andrassyuni.hu |
| 15. März 2010 | Benachrichtigung über Teilnahme durch das wissenschaftliche Komitee |
| bis 16. April 2010 | Deadline für das Einreichen der Beiträge an martina.eckardt@andrassyuni.hu oder stefan.okruch@andrassyuni.hu |

Arbeitskreis Politische Ökonomie

Wissenschaftliches Organisationskomitee

Martina Eckardt, Andrassy Universität Budapest
Gerhard Grözinger, Universität Flensburg
Stefan Okruch, Andrassy Universität Budapest
Stephan Panther, Universität Flensburg

Lokale Organisation

Martina Eckardt, Andrassy Universität Budapest,
martina.eckardt@andrassyuni.hu
Stefan Okruch, Andrassy Universität Budapest,
stefan.okruch@andrassyuni.hu

Konferenzort

Andrassy University
Pollack Mihály tér 3
H-1088 Budapest

www.andrassyuni.eu

Hinweise zur Anreise aus Deutschland und zu
Hotels in Budapest finden Sie demnächst unter

www.andrassyuni.eu